

New York : Weltstadt der Probleme

Autor(en): **Bloch, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **49 (1970)**

Heft 10

PDF erstellt am: **24.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338275>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

New York – Weltstadt der Probleme

Schwerwiegende Probleme plagen die Acht-Millionen-Stadt New York. Teilweise sind es Probleme aller Riesenstädte (wie man sie ähnlich zum Beispiel auch in Tokio findet), teils Probleme der amerikanischen Grossstadt in ausgeprägtester Form, teils spezifische Probleme New Yorks. Zu der ersten Kategorie gehört etwa die Frage des Riesenverkehrs und Massentransports, zur zweiten diejenige der rassischen oder nationalen Minderheiten sowie die Rauschgiftsucht und die damit verbundenen Verbrechen, zur dritten Lokalpolitik, Finanzierung und Verwaltungsreform.

Während traditionell die Mehrheit der New Yorker Wähler für die Demokratische Partei stimmt, ist seit 1966 *John V. Lindsay* Bürgermeister oder Stadtpräsident der Metropole. In den Wahlen des Jahres 1965 war er der Kandidat der Republikanischen und der (kleinen, örtlichen) Liberalen Partei und siegte, weil die Massen sich mehr und mehr gegen den Parteiapparat der Demokraten auflehnten. Lindsays Vorgänger Robert F. Wagner, ein geschickter Routine-Politiker, aber kein schöpferischer Mensch, hatte die Probleme meist unter den Teppich gefegt, aber kaum etwas zu ihrer Lösung unternommen. Der Demokrat Wagner repräsentierte die Politik einer wenig rühmlichen Vergangenheit. Lindsay übernahm ein Erbe der Vernachlässigung und des finanziellen Leichtsinns. Er hatte als Reformkandidat den Demokraten Abraham Beame geschlagen, weil das Volk neue Wege für notwendig hielt.

Tatsächlich hat Lindsay eine Verwaltungsreform durchgeführt, sinnvolle langfristige Pläne für eine Gesundung der Stadt eingeleitet und im ganzen durch eine verständnisvolle Haltung gegenüber den Minderheiten (Negern und Puertorikanern) Unruhen in den Ghettovierteln verhindert. Dies sind erhebliche Verdienste. Auf der negativen Seite der Bilanz hat der persönlich überaus sympathische, natürlich liebenswürdige Bürgermeister mit der Gestalt und dem Profil eines Filmstars in der Ernennung hoher Beamter und Würdenträger der Stadt nicht selten eine unglückliche Hand bewiesen; und es haben sich häufige Personalwechsel ergeben. Die Stärke der Lindsay-Verwaltung lag wenigstens in den ersten vier Jahren mehr in der Gesamteinstellung als in den Einzelheiten der praktischen Ausführung. Lindsay hat offen Fehler zugegeben und für seine zweite (gegenwärtige) Amtsfrist Verbesserungen angekündigt.

Dass auf jeden Fall der Bürgermeister weiter das Vertrauen eines Grossteils der Bevölkerung geniesst und seine Arbeit von Negern und Puertorikanern, von den Anhängern der Friedensbewegung und des sozialen Fortschritts, ja sogar von weitschauenden Kapitalisten positiv beurteilt wird, das haben die Wahlen des vorigen Jahres gezeigt, als Lindsay über die

offiziellen Kandidaten sowohl der Demokraten (Procaccino) wie der Republikaner (Marchi) triumphierte.

Die Republikaner hatten in den Vorwahlen nämlich nicht den Bürgermeister, sondern den konservativen Staatssenator Marchi zu ihrem Kandidaten bestimmt. Auch der Kandidat der Demokraten war ein konservativer Politiker, Mario Procaccino, der Schatzmeister der Lindsay-Verwaltung (bis Ende 1969). Lindsay stützte sich als unabhängiger Kandidat auf die Liberale Partei, auf den liberalen Flügel der Republikaner und auf die Reform-Demokraten, die nicht gewillt waren, für Procaccinos reaktionäre Politik zu stimmen. Herman Badillo, ein Puertorikaner, einer der führenden Reformdemokraten, der selber gerne Bürgermeister geworden wäre, kam Lindsay zu Hilfe. (Badillo war bis Ende 1969 Bezirksbürgermeister des Stadtteils Bronx und wird 1970 wohl Kongress-Abgeordneter werden.) Es entstand somit gegen die alten Parteiapparate eine *neue Koalition* fortschrittlicher Kräfte, die hauptsächlich durch Lindsays gute Beziehungen mit den Negern Nachdruck erhielt. In der New Yorker Politik ist der «nordische» Patrizier Lindsay, einst der Kongressabgeordnete eines Millionärviertels, der Paladin der Benachteiligten, während die italo-amerikanischen Politiker im allgemeinen einen reaktionären Kurs gegen die Interessen der Minderheiten verfolgen. Es ist erwiesen, dass in New York, einer *Stadt der Minderheiten*, Neger und Spanisch-Amerikaner ihren Gegnern eine Niederlage beibringen können, wenn sie in genügender Zahl ihre Stimmen abgeben. Das mehrere Jahre ausserordentlich mächtige italo-amerikanische Element (kompromittiert durch die zwischen einigen italo-amerikanischen Politikern und der Unterwelt hin und her laufenden Fäden) hat spürbar an politischem Einfluss verloren. Dennoch bleibt die Reaktion äusserst gefährlich – haben doch die beiden konservativen Kandidaten zusammen in den Wahlen von 1969 mehr Stimmen erhalten als Lindsay, der sie dank der Spaltung des gegnerischen Lagers in Republikaner und Demokraten zu schlagen vermochte. Immerhin hat Lindsay vier weitere Jahre zur Sanierung der Stadt gewonnen; und die Gefahr einer reaktionären Stadtverwaltung (und allfälliger schwerer Unruhen in den Negervierteln) wurde abgewehrt. Und die neue Koalition mag selbst in der amerikanischen Innenpolitik weit über die Stadtgrenzen hinaus Auswirkungen hervorbringen. Lindsay hat öffentlich sein Bedauern über seinen Irrtum, Agnew auf dem Republikanischen Parteikongress von 1968 unterstützt zu haben, ausgesprochen und betont immer wieder seine Opposition gegen die Kriegspolitik Nixons und Vizepräsident Agnews; – war er doch in der Tat von Anfang an ein Gegner des Vietnamkrieges. Es gereicht ihm zur Ehre, dass bei Demonstrationen der Reaktionäre von diesen verlangt wurde, man solle ihn in den Anklagezustand versetzen . . .

Mit Recht weist Lindsay auf den Unterschied zwischen dem brutalen Vorgehen der Polizei in Chicago und der Zurückhaltung hin, die er der New Yorker Polizei auferlegt hat. Andererseits muss sich die Stadt natür-

lich gegen die Anhänger gewaltsamer Methoden verteidigen – gegen Attentäter, die Bomben legen; gegen die möglichen Anschläge von Gruppen, wie die «Schwarzen Panther» und die «Young Lords», wobei indes nur auf Grund von Tatbeständen vorgegangen werden soll und niemand wegen seiner Ideologie verfolgt werden darf.

Es wäre ungerecht, Lindsay vorzuwerfen, dass er New Yorks Probleme noch nicht gelöst hat; denn es handelt sich meist um Situationen, für die es keine Wundermedizin gibt und die nicht im Handumdrehen zu ändern sind . . . Kein hiesiges Problem ist brennender als die weitverbreitete Rauschgiftsucht gerade auch unter den Jugendlichen, die wiederum die Zahl der Verbrechen hochgetrieben hat. Denn die meisten Rauschgift-süchtigen können sich das illegale, teure Heroin (oder andere Gifte) nur dann beschaffen, wenn sie entweder selber damit handeln oder Raubüberfälle und Einbrüche begehen. Und die Mädchen mittels Prostitution. Unsinnig war Procaccinos demagogische Forderung, man müsse einfach alle Rauschgiftsüchtigen einsperren. Schon jetzt sind New Yorks Gefängnisse überfüllt. Und glaubte Procaccino, durch die ungesetzliche Internierung der Rauschgiftsüchtigen in Konzentrationslagern dem Übel zu Leibe zu gehen? Das von Gouverneur Rockefeller eingeführte Gesetz gestattet lediglich die Internierung zum Zweck einer zwangsweisen Entziehungskur. Durch blosses Einsperren wird niemand geheilt. Es gibt recht gute Heil- und Rehabilitierungs-Anstalten, wie die «Phönix-Häuser» (in denen der Verfasser dieser Zeilen zu Hunderten von Insassen gesprochen hat). Aber sie können nur 1000 bis 2000 Personen erfassen; und die Zahl der Rauschgiftsüchtigen geht allein in der Stadt New York in die Zehntausende! Bis jetzt fehlen die Mittel zur Einrichtung einer genügenden Anzahl von Heilanstalten. Jeder klagt über das zerstörerische Laster; aber die Gelder zu seiner Bekämpfung fliessen bis jetzt allzu spärlich aus amtlichen oder privaten Quellen. Amerika verschwendet Milliarden auf den sinnlosen Krieg in Indochina, während im eigenen Lande die Jugend von Fäulnis bedroht wird . . . Man beachte ferner, dass die Mehrheit der Süchtigen einem Heilungsprozess zu entgehen sucht.

Die Rauschgiftsucht ist nicht an bestimmte Schichten gebunden. Man findet sie in den Ghettos und ebenso in den Vororten der Wohlhabenden. Sie entspringt hauptsächlich einer inneren Unsicherheit und Ziellosigkeit, einem Mangel an gesunden Traditionen und Idealen. Die Verhütung des Lasters muss im Erziehungswesen beginnen, und zwar nicht nur durch entsprechende Aufklärung (die manchmal durch Erweckung von Neugier gerade das Experimentieren mit Rauschgiften fördern mag), sondern vor allem durch eine positive Erziehung ohne die häufige Heuchelei (welche die Jugendlichen schnell durchschauen), die Pflege echter Werte, die Erweckung des Stolzes auf die eigene Herkunft (sie sei afro-amerikanisch, spanisch-amerikanisch, irisch, jüdisch oder was immer . . .), die Hinleitung zur Entwicklung einer Weltanschauung.

Im *Schulwesen* der Stadt New York sind Umwälzungen im Gange, die eigentlich erst begonnen haben. Das frühere zentralisierte Schulsystem hat versagt, indem es die Kinder der Minderheiten, der Armen benachteiligte. Die Dezentralisierung soll den Eltern jedes Stadtteils ein Mitspracherecht verleihen, auf lokale Bedingungen und spezifische Probleme Rücksicht nehmen, eine Vernachlässigung der ärmeren Viertel verhindern, die Pflege des Kulturerbes jeder Volksgruppe ermöglichen.

Noch immer ist die Bürokratie der Zentral-Schulbehörde ein Hemmschuh; aber eine kräftige Entwicklung der lokalen Schulräte könnte ihr beikommen.

Auch New York hat Studentenunruhen an seinen Hochschulen erlebt, aber ohne Schiessereien. An den verschiedenen Hochschulen der Städtischen Universität (wo das Studium kostenlos ist) haben die Vertreter der Minderheiten Erleichterungen in der Zulassung durchgesetzt, die sogenannte «offene Zulassung», die es einer steigenden Anzahl von schwarzen und spanisch-amerikanischen Schülern und Schülerinnen aus verbesserungsbedürftigen Ghettoschulen möglich macht, ihren Bildungsstand zu erhöhen und ihre Berufsaussichten grundlegend zu wandeln. Die Studentenschaft ist heute stärker politisiert; und bei allen Schwierigkeiten, die sie den Universitätsbehörden verursacht, muss man es begrüßen, dass sie erheblich aufgeweckter ist als etwa vor fünfzehn Jahren ihre Vorgänger.

Vizepräsident Agnew, heute der Wortführer der Reaktion, hat sich gegen die erleichterte Zulassung von Angehörigen benachteiligter Schichten zum Hochschulstudium erklärt; doch hat sich in der New Yorker Stadtverwaltung die Ansicht durchgesetzt, dass solche Erleichterungen ein gerechtes Gegengewicht zu den viel grösseren Hindernissen darstellen, welche die Jugendlichen aus den Ghettos zu überwinden haben. Die Reaktion sieht in erwachenden, verdrängenden Jugendlichen aus den Ghettos eine Gefahr; Lindsay sieht in ihnen eher eine Hoffnung und weiss, dass vielmehr die vielen jungen Menschen ohne Ziel und Ehrgeiz eine Gefahr darstellen, allzuleicht der Rauschgiftsucht und dem Verbrechen anheimfallen.

Das individuelle *Verbrechen* im kleineren Massstabe (Raub, Einbruch usw.) ist nicht selten ein Ausläufer des organisierten Verbrechens im grossen Massstab (Rauschgiftschmuggel und -verteilung), hinter welchem streng disziplinierte Syndikate, wie die Mafia oder Cosa Nostra, mit hohen Beziehungen stehen, denen man nicht so leicht beikommt, zumal die Verstrickungen über den örtlichen Bereich hinausgehen. Man glaube übrigens nicht, die New Yorker Polizei schlafe: Immer wieder werden beträchtliche Rauschgiftmengen beschlagnahmt. Aber von einer Unterbindung des Schmuggels ist man weit entfernt, solange die meisten Hintermänner unbehelligt operieren, weil es zum Teil an juristischen Beweisen gegen sie fehlt und sie auch nicht alle bekannt sein dürften. Den kleineren Eigentumsverbrechen stehen die Diebstähle ganzer Warensendungen am

Hafen oder am Kennedy-Flughafen oder ganzer Lastwagen mit Ware in den Fabrikvierteln gegenüber, die zur Tätigkeit des organisierten Verbrechertums gehören wie auch die illegalen Wettbüros und die «Rackets», die Kombinationen von Geschäft, Erpressung und Betrug.

Es mag dem durchschnittlichen New Yorker nicht immer bewusst sein, wie oft er indirekt ein Opfer der «Rackets» ist; dagegen spürt er ständig die Bedrohung durch das individuelle Verbrechen und leidet unter der Unsicherheit von Strassen und Parkanlagen. Es gibt ein paar Gegenden, wie vor allem die Süd-Bronx, wo die Lage so extrem ist, wo Armut, Unwissenheit, Rauschgiftsucht und Verbrechen derart überwiegen, dass die Polizei (welche die Süd-Bronx «Fort Apache» nennt...) sie als faktisch hoffnungslos aufgegeben hat.

Kein Wunder, dass nicht wenige bürgerliche Familien in die Vororte und in die Umgebung abgewandert sind. Damit wird indes die Herstellung eines gesünderen Gleichgewichts und einer Integration der verschiedenen Bevölkerungsteile nicht erleichtert. Die Auflockerung der *Ghettos* von Negern und farbigen Spanisch-Amerikanern scheitert bis jetzt auch an der Mentalität vieler Weisser. Gelingt es Angehörigen dieser Minderheiten, Wohnungen oder Häuser in weissen Mittelstandsgegenden zu mieten oder zu erwerben, lässt eine ins Auge fallende Anzahl sich dort nieder, so erfolgt im allgemeinen kein Zusammenleben der Rassen, sondern ein Auszug erst der wohlhabenderen, dann vielfach auch der kleinbürgerlichen Weissen. Und es entsteht ein neues Ghetto.

Auch das umgekehrte Phänomen ist beunruhigend: Ein Viertel wird von Grundstückspekulanten «aufgewertet», indem Wohnhäuser der Armen niedergerissen und statt dessen Luxusgebäude mit Wohnungen für die Reichen errichtet werden. Die aus dem Viertel vertriebenen Armen anderswo unterzubringen, ist keine Kleinigkeit; es sei denn, sie müssen bedeutend mehr Miete zahlen als vorher... New York ist eine Stadt ständiger Bewegung und Änderungen. Der soziale Wohnungsbau hat Zehntausende von Familien gerettet – und doch müsste mehr, sehr viel mehr auf diesem Gebiete getan werden; denn es leben noch zu viele Familien in Elendshäusern, die für die Hausbesitzer nur Ausbeutungsobjekte sind. Auch die Knappheit an Wohnungen in einer mittleren Preislage für Familien, deren Einkommen über der Grenze für die sozialen Wohnprojekte liegt, die aber die Mieten in den Luxusgebäuden nicht zahlen können, macht sich empfindlich bemerkbar.

Die *Sozialpolitik* der Stadt stösst sich an finanziellen Fragen. Trotz New Yorks Reichtum braucht die Metropole Zuschüsse vom Staate New York und von der Bundesregierung in Washington. Um die staatlichen Gelder gibt es jedes Jahr ein Tauziehen zwischen New York und der Staatsregierung in Albany, zwischen Lindsay und Gouverneur Nelson A. Rockefeller. Die finanzielle Belastung der Stadt wird durch die grundsätzlichen Schwächen einer Sozialpolitik erhöht, die Mittellose und Min-

derbemittelte zwar unterstützt und über Wasser hält, die Arbeits- und Schulungsfähigen aber nicht genügend dem Arbeitsprozess eingliedert, des schöpferischen Elements ermangelt und eine unterproletarische Schicht gewohnheitsmässiger Wohlfahrtsempfänger unterhält, so dass in Zehntausenden von Familien von Generation zu Generation die öffentliche Wohlfahrt nicht eine Hilfe zur Überbrückung schwieriger Situationen, zur Ermöglichung eines Neubeginns und zur Unterstützung von Alten und Kranken ist, sondern die permanente Einkommensquelle und die Grundlage einer unfruchtbaren und durch Demoralisierung gekennzeichneten Lebensweise. Hierin liegt der in Amerika noch allzuoft verkannte Unterschied zwischen dem «Wohlfahrtsstaat» kapitalistischer Politiker und einer sozialistischen Anschauung. (Präsident Nixon hat das Unzureichende des gegenwärtigen Wohlfahrtssystems aufgezeigt; aber seine Reformvorschläge sind etwas dürftig geraten.)

Die berufliche Schulung und Umschulung muss sich den Erfordernissen der Wirtschaft anpassen. Früher bestand eine starke Nachfrage nach ungelernten Arbeitern. Die schnell zunehmende Vollmechanisierung der Industrie hat viele solcher Arbeitsplätze verschwinden lassen. Aber auch die Facharbeiter der in New York vertretenen Industrien (zum Beispiel Bekleidung) sind nicht immer auf Rosen gebettet, weil zahlreiche Fabriken aus New York nach Landesteilen mit niedrigeren Löhnen (zum Beispiel dem Süden) abgewandert sind. Dafür schiessen weiter die neuen Büro-Wolkenkratzer wie Pilze aus dem steinigen Boden Manhattans. Und gutgeschultes Fachpersonal für Handels- und Finanzbetriebe ist weiter gefragt.

Der unter der Regierung des Präsidenten Johnson begonnene «Krieg gegen die Armut» hat die Probleme nicht an der Wurzel angepackt, sondern in der Praxis als ein drittes Bein des Wohlfahrtsstaates gewirkt. Die Armut ist nicht wesentlich vermindert, aber eine neue Bürokratie geschaffen worden, die weit ungeschulter, skrupelloser und bestechlicher ist als die Beamtenschaft. (Natürlich gibt es Ausnahmen.) Und der Streit um die Verteilung von Geldern des «Krieges gegen die Armut» hat in manchen Stadtvierteln zur Spannung zwischen Negern und Puertorikanern beigetragen, was den herrschenden Schichten nur lieb sein kann. So manche Persönlichkeiten beider Minderheiten begreifen freilich, dass eine Einheitsfront auf sozialem Gebiet weit mehr zu erreichen vermag als alle Gelder des «Krieges gegen die Armut». Es leben im Stadtgebiet von Gross-New York rund eine Million Neger, 1 600 000 spanischsprechende Einwohner, davon etwa 900 000 Puertorikaner. Wenn sie zusammenstehen, sind sie nicht zu schlagen. Freilich dürfen dann die Neger auch nicht versuchen, die Puertorikaner an die Wand zu drücken, die bis jetzt im ganzen weniger militant gewesen sind.

Der Ghattobewohner kritisiert unter anderem die ungenügende Strassenreinigung und Müllabfuhr und bleibt der Polizei gegenüber misstrauisch,

wenngleich sie heutzutage weit mehr darauf bedacht ist, Neger und Puertorikanern nicht auf die Füße zu treten. Die Extremisten (die «Schwarzen Panther» der Neger und die «Young Lords» der Puertorikaner) übertreiben und verallgemeinern allzusehr, wenn sie in jedem Polizisten einen Volksfeind sehen. Oft ist gerade das Gegenteil der Fall... Mag man bei der Lindsay-Verwaltung manchmal einen Mangel an Dynamik, an energischem Durchgreifen und an hochwertigem Spitzenpersonal beklagen, so springt doch des Bürgermeisters Absicht, allen Volksgruppen zur Anerkennung zu verhelfen, ins Auge und sein Verständnis für die unabdingbare Notwendigkeit einer wahrhaft *pluralistischen Gesellschaft* in New York und Amerika, in der es für Menschen verschiedener Hautfarben, nationaler Herkunft, Kulturen und Ideologien genügend Raum und Entwicklungsfreiheit gibt.

Denn New York ist eine Stadt der Vielfalt und muss sich zu dieser Vielfalt bekennen und die alte Idee vom «Schmelztiegel» aufgeben. Es ist seit Jahren eine kranke Stadt. Aber die Krise ist nicht hoffnungslos. New York ist ein Kultur- und Geisteszentrum allerersten Ranges, ein unerschöpfliches Reservoir der Begabungen und Ideen. Seine Lebenskraft und Wandlungsfähigkeit garantieren seine Zukunft.

Arne Engeli

Bei der politischen Bildung ansetzen

«Der Regierungsrat wird erst dann in der Lage sein, zu regieren, das heisst in der Zukunft liegende Probleme rechtzeitig zu erkennen und zu lösen, wenn ihm die nötigen Führungsgehilfen zur Verfügung stehen.»

Diese böse Aussage über den heutigen Zustand unseres Kantons stammt nicht von mir, sondern stand schwarz auf weiss in der Antwort des Regierungsrates selber auf eine Interpellation betreffend Regierungstätigkeit und Verwaltungsreform, welche Ende August im Grossen Rat des Kantons Thurgau zur Diskussion stand. Andere Kantone trifft das Problem ebenfalls.

Ist es wirklich so schlimm? Wird bei uns heute gar nicht regiert, sondern nur verwaltet? In der Tat kann dem aufmerksamen Beobachter eine ganze Reihe von Mängeln immer weniger verborgen bleiben. Die im 19. Jahrhundert gewachsenen Ordnungen und Verfahrensweisen in unsern kantonalen Regierungen und Verwaltungen rufen nach Veränderungen. Insbesondere fallen mir zwei Schwächen auf: